

Haushalt 2015

- Es gilt das gesprochen Wort! -

Martina Müller
Fraktionssprecherin
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

"Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!" Nach dieser Bärenweisheit handelt die neue Mehrheit bei der Verabschiedung des vorliegenden Haushalts.

Sie, meine Damen und Herren von CDU und SPD, gehen mit Ihrem Antrag, die vom Landesdirektor vorgeschlagene Umlageerhöhung von 16,8 -Punkten um 0,3 % Punkte zurückzunehmen, massiv weiter in die Verschuldung.

Nämlich um es genau zu sagen, mit 34 Mio. €.

Davon sollen zunächst 22 Mio. aus der Ausgleichsrücklage entnommen werden. In unserer Fraktion hatte der Landesdirektor dargestellt, dass er den Spielraum der ohnehin fast aufgebrauchten Ausgleichsrücklage dringend wird brauchen müssen. Wir glauben ihm das.

60 Mio. Ausgleichsrücklage sind 2 % des Haushaltsvolumens, eine bitter notwendige Schwankungsreserve.

Dazu fordern Sie pauschal Einsparungen in Höhe von 12-14 Mio. Euro, ohne zu sagen wo und wie. Sie haben keinen einzigen Einsparungsvorschlag eingebracht. Sie haben nicht die Ideen und auch nicht (wie man bei uns im Sauerland sagt) die Traute Ross und Reiter zu nennen, wo es Einsparungen geben soll.

Wollen Sie wieder die Debatte über Bewegungsbäder und Reittherapie führen? Oder ist es doch der Kaiser-Wilhelm oder das Preußenmuseum? Die Vorlage ist ja gerade druckfrisch auf dem Tisch.

Positiv ist, dass die vorgelegten Planungen zur Umsetzung des Aktionsplans Inklusion - nach Aussage der CDU im Finanzausschuss - nicht angetastet werden sollen.

Unbeantwortet bleibt die Frage, wo die 12 Millionen herkommen sollen. Auch heute in den Haushaltsreden habe ich dazu nichts Konkretes gehört. Das ist unpolitisch. Ihr politischer Gestaltungswille, Ihre politische Verantwortung haben Sie an die Verwaltung weitergegeben.

Seriöse Haushaltsverabschiedung geht anders!

Haushalt 2015

- Es gilt das gesprochen Wort! -

Kommt es im Laufe des Jahres zu keinen mehrheitsfähigen Sparbeschlüssen, haben wir noch 28 Mio. € in der Ausgleichsrücklage. Es gab mal Zeiten, liebe Damen und Herren der SPD, da waren auch Sie der Meinung, man müsse mindestens 30 Mio. als Ausgleich vorhalten, und da lagen die Kostensteigerungen in der Eingliederungshilfe noch bei 70 Mio. heute sind es bekanntlich nur in der Eingliederungshilfe 100 Mio. €.

Sie unterstellen dem Landesdirektor, dass irgendwo im Haushalt noch Kohle versteckt sei. Damit machen Sie die Verwaltung, allen voran den neuen Landesdirektor, unglaublich. Der, der es gerade geschafft hatte, Vertrauen bei den Oberbürgermeisterinnen und Hauptgemeindebeamtinnen zu schaffen, der sie überzeugt hatte, dass das, was im Haushalt steht, auch notwendig und nicht wegsparbar ist.

Die Kommunen gingen ja zunächst sogar von einer Erhöhung um 0,6 %-Punkte aus und freuten sich bereits über die 16,8. Mit dieser Höhe hat dann auch die Mehrzahl gerechnet und sie in ihre Haushaltspläne eingestellt. 16,5 hatte niemand im Haushaltsplan.

Natürlich freuen sie sich jetzt über die Einsparungen. Aber sie freuen sich zu früh. Für viele Städte, die jetzt scheinbar aufatmen, kommt 2016 das dicke Ende. Schauen Sie sich nur die Finanzplanung an: 2016 - 17,3 , 2017 - 17,7, 2018 - 18,1. Da wird so mancher Haushalt - gerade in Stärkungspaktkommunen - platzen.

Wir GRÜNE stehen für kalkulierbare, verlässliche Hebesätze, einen Quantensprung, wie wir ihn mit dem nächsten Haushalt zu erwarten haben, ist mit uns nicht zu machen.

Wenn Sie, Herr Sternbacher, in einer Presseerklärung am 27.01.2015 sagen, "Es ging uns darum, die kommunale Familie zu entlasten", so ist das ja nur die halbe Wahrheit. Sie sagen nicht, dafür müssen wir im nächsten Jahr dramatisch stärker erhöhen.

Der LWL hat in den letzten Jahren 263 Mio. € neue Schulden zur Liquiditätssicherung gemacht, um die Kommunen zu entlasten. Jetzt sind wir am Ende. In diesem Jahr haben Sie die Schraube überdreht.

Das sieht im Übrigen ja auch Ihr finanzpolitischer Sprecher, liebe Kolleginnen der SPD so, der schon am 30. November bei Facebook das Anhäufen der "Ewigkeitsschulden" kritisierte. An gleicher Stelle spricht Herr Koch von einem "Verschuldungsverband", im Übrigen freundschaftlich geteilt vom FDP-Kollegen Stopsack den ich hier auch gerne mal zitieren möchte: "Sehr gute Analyse. Ich kann das alles mittragen. Der LWL darf nicht die Bad Bank der kommunalen Familie werden. Es ist nicht kommunalfreundlich, wenn man die Schulden woanders macht. Letztlich haftet der Bürger für alle öffentlichen Schulden. Schlimm ist, dass die grundsätzlichen Fragen dahinter nicht wirklich gelöst werden". Zitat Ende. Dem ist nichts hinzuzufügen. Nur die richtigen Schlüsse, Herr Stopsack, meine Damen und Herren von CDU, SPD und FDP, ziehen Sie nicht daraus.

Haushalt 2015

- Es gilt das gesprochen Wort! -

Auch wenn wir im November im Rahmen der Debatte zur Resolution "Kosten der Eingliederungshilfe" sehr ausführlich darüber diskutiert haben, bei der Verabschiedung des Haushalts ist es natürlich geboten, noch einmal über das Thema "Kosten der Eingliederungshilfe" zu sprechen. Viele Jahre noch werden wir es mit erheblichen Kostensteigerungen zu tun haben, weil Fallzahlen und Fallkosten steigen.

Liest man die Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung, wird in vielen Schreiben deutlich, dass die Übergangsmilliarden ja Zitat: "ausschließlich zur Entlastung der Kommunen" gedacht sei und keinesfalls zur Weiterreichung an die Landschaftsverbände, die die Eingliederungshilfe als gesetzliche Aufgabe unabweisbar schultern müssen.

Nein, meine Damen und Herren, nehmen Sie das mit in Ihre Städte und Kreise. Die Kolleg*innen liegen falsch. Der Genese der Übergangsmilliarden liegt das Versprechen zugrunde, die Kommunen bei der Eingliederungshilfe als gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit jährlich hohen Kostensteigerungen zu entlasten.

Dieses Jahr haben wir überschlägig einen Ausgleich von ca. 100 Mio. € zwischen dem Anstieg der Kosten für die Eingliederungshilfe und der Entlastung der westfälischen Kommunen in gleicher Höhe durch den Bund. 2016 können wir – auf heutiger Basis gerechnet – eine Steigerung von 200 Mio., 2017 in Höhe von 300 Mio. erwarten. Die Kompensation des Bundes bleibt aber bei 100 Mio. stehen. Die Schere wird weiter scharf aufgehen. Jetzt den Hebesatz nach unten zu korrigieren, um ihn dann in den Folgejahren wieder sprunghaft nach oben ziehen zu müssen, torpediert die mittelfristige Finanzplanung der Kommunen. Es ist das Gegenteil von berechenbarer, nachhaltiger Haushaltspolitik.

Richtig ist allerdings, dass diese Summe nicht einmal den Aufwuchs der ursprünglich geplanten Umlage ausgeglichen hätte und da bin ich wieder ganz bei den kritischen Briefeschreiber*innen: Das ist unsäglich und muss so schnell wie möglich geändert werden. Der Vorwurf kann aber nicht an den LWL gehen, er muss dahin gehen, wo er hingehört: an die GroKo in Berlin.

Aber es geht im Koalitionsvertrag immer nur um 5 Mr. €, nie um einen 1/3 Anteil an den Kosten der Eingliederungshilfe. Etatisiert sind die 5 Mrd. erst ab 2018. Niemand sollte annehmen, dass da eher etwas kommt. Niemand sollte annehmen, dass es bei dieser Regierung einen aufwachsenden Anteil geben wird. 2018 werden dann die 5 Mrd. genau das sein, was wir an Steigerungen bis dahin hatten. D.h. ab da beginnt die Rechnung von vorn.

Durch die Bund/Länderfinanzbeziehungsdebatte wird alles überlagert. Wir müssen aufpassen, dass es am Ende nicht doch die Entlastung durch die KdU und Umsatzsteuer wird. Auch wenn ich im November noch optimistisch aufgrund der Aussagen der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft war, Scholz/Schäuble ist nicht ganz vom Tisch.

Haushalt 2015

- Es gilt das gesprochen Wort! -

Jetzt geht es für die Bund/Länder AG zur Vorbereitung eines Bundesteilhabegesetzes ums Eingemachte, nach guter inhaltlicher Arbeit geht es jetzt an die Fragen der Finanzierung. Das werden spannende Monate, die da vor uns liegen.

Wir dürfen im LWL nicht nachlassen bei allen sich bietenden Gelegenheiten auf die dramatische finanzielle Situation zu verweisen, dabei dürfen wir nicht darauf verzichten zu betonen, dass wir über ein verbrieftes Menschenrecht sprechen. Die Substanz der UN Konvention ist nicht verhandelbar, nur ihre Finanzierung.

Meine Damen und Herren,

mein Dank geht an dieser Stelle an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LWL-Verwaltung, die diesen Haushalt mit Zahlen, aber vor allem auch mit Leben gefüllt haben.

Inhaltlich wollen wir diesen Haushalt. Er bildet noch in weiten Teilen den politischen Willen der Gestaltungsmehrheit ab.

Aber wir können die inhaltlichen Stärken des Haushalts nicht isoliert sehen. Die inhaltliche Konzeption einerseits und der finanzpolitisch/haushalterische Harakiri-Hebesatz fallen auseinander, sind nicht konsistent.

Die GRÜNE Fraktion bleibt bei der vom Landesdirektor vorgeschlagenen Hebesatzhöhe von 16,8 %-Punkte und lehnt aus Verantwortung für den Landschaftsverband, aber auch für die gesamte kommunale Familie in Westfalen-Lippe diesen Haushalt ab.

Um beim Anfangsbild zu bleiben, haben Sie mit diesem Gesamtbeschluss dem Landschaftsverband und den Kreisen und Städten einen Bärendienst erwiesen.